

## Kapitän ertrinkt im Mittellandkanal

**Hannover.** Die Leiche eines 49 Jahre alten Schiffskapitäns ist im Mittellandkanal in Hannover gefunden worden. Der Mann war mit einem Matrosen beim Reinigen seines Schiffes, als er am frühen Dienstagmorgen von Deck verschwunden war. Die alarmierten Rettungskräfte entdeckten den leblosen Körper einige Stunden später auf dem Grund des Kanals etwa fünf Meter vom Schiff entfernt. Nach Angaben der Polizei war noch unklar, weshalb der 49-Jährige ins Wasser gefallen war. Laut Feuerwehr hatte der Kohlefrachter am Montagnachmittag in Hannover angelegt. Eine erste Untersuchung des Schiffes ergab, dass an der Reling ein Stück eines Pfostens abgebrochen ist.

## Polizei fasst Schwerverbrecher

**Nordhorn-Obernkirchen.** Die Polizei hat einen vor knapp zwei Wochen in Nordhorn geflüchteten Schwerverbrecher gefasst. Der Mann wurde im Kreis Schaumburg festgenommen. Wegen versuchten Mordes, schweren Raubes, gefährlicher Körperverletzung sowie Einfuhr und Handel mit Betäubungsmitteln kam der 23-jährige Beschuldigte am Dienstag in Untersuchungshaft. Der Mann war den Beamten am 4. Dezember vor dem Amtsgericht Nordhorn entkommen, wo er wegen Drogenschmuggels dem Haftrichter vorgeführt werden sollte. Ihm wird vorgeworfen, anschließend einen 61-jährigen Auslieferungsfahrer einer Nordhomer Apotheke überfallen und lebensgefährlich verletzt zu haben.

ANZEIGE

## Danke für Ihre Treue!

Liebe Abonnenten, jede Woche verlosen wir zweimal das genussvolle Erlebnisbuffet für je zwei Personen im „Leander“, dem Restaurant im GOP Varieté-Theater Bremen.

*Leander*  
Restaurant im GOP Varieté-Theater

Gewonnen haben diese Woche:

Abo-Nr. 2293699  
Abo-Nr. 30050158

Ist Ihre Abo-Nummer dabei?  
Dann melden Sie sich bitte unter  
Telefon 0421/36716677 oder  
abonnentenservice@weser-kurier.de

Ihre Abo-Nummer finden Sie auf Ihrer AboCard.

WESER KURIER Exklusiv

## Defekter Schalter sorgt für Stromausfall

**Hannover.** Plötzlich standen die Abgeordneten des niedersächsischen Landtags im Dunkeln. Wegen eines Defektes am Hauptschalter fiel am Dienstag gut anderthalb Stunden lang der Strom aus. Computer schalteten sich ohne Vorwarnung ab, Fahrstühle blieben stecken. Nur im Plenum selbst blieb es hell. Glück im Unglück: Die Panne ereignete sich kurz nach dem Beginn der Mittagspause, als mehrere Abgeordnete gerade das Gebäude verlassen hatten. Der Plenarsaal bestand den Test. Dort funktionierte weiter die Notstromversorgung, als die Abgeordneten um 15 Uhr ihre Beratungen nach einem längeren Test der Mikrofontchnik wieder aufnahmen.

## Verkehrs-App erklärt Blinden den Weg

**Braunschweig.** Blinde Fußgänger könnten sich in Zukunft von einer besonders genauen Navigations-App durch den Verkehr lösen lassen. Noch sei die Anwendung ein Prototyp und nicht massentauglich, sagte der Koordinator des Projekts „Inmobs“, Stefan Axer, in Braunschweig. Das System funktioniere bislang in einem rund vier Quadratkilometer großen Testbereich. Die sprechende App könne im Stadtverkehr die Position auf fünf Meter genau angeben, bislang liege die Genauigkeit bei 15 bis 20 Meter. Außerdem wisse die App, wann eine Ampel auf Grün schaltet oder wo ein abgesenkter Bordstein ist, sagte Axer, der an der TU in Braunschweig forscht.

REDAKTION NORDDEUTSCHLAND  
Telefon 0421/36713205  
Fax 0421/36711028  
E-Mail:  
norddeutschland@weser-kurier.de

# Vogelgrippe trifft Geflügel-Hochburg

Landkreis lässt mehr als 130 000 Tiere töten / Sicherheitsvorkehrungen sollen H5N8-Verbreitung verhindern

**Gesperrte Höfe, Tausende getötete Puten – die Vogelgrippe hat jetzt auch die Geflügelhochburg Niedersachsens erreicht. Bisher ist das Virus H5N8 nur auf einem Hof in Barbel nachgewiesen. Strikte Sicherheitsvorkehrungen sollen eine weitere Verbreitung verhindern. Doch in der Region geht die Angst um.**

VON IRENA GÜTTEL,  
RALF KRÜGER UND MICHAEL EVERS

**Barbel.** Eine Absperrung blockiert die Straße. Polizisten stoppen jeden, der sich dem Geflügelhof nähern will. Männer in weißen Schutzanzügen laufen auf dem Gelände hin und her. Ein Radlader fährt aus einem Stall, die Schaufel voll mit toten Tieren. 19 000 Puten lässt der Landkreis Cloppenburg an diesem Tag auf dem Hof in Barbel vergasen. Unter ihnen war die Vogelgrippe der hochansteckende Variante H5N8 ausgebrochen. Eine Hiobsbotschaft für die Bauern so kurz vor Weihnachten. Es ist der erste Fall in Niedersachsen – und das auch noch im Kreis Cloppenburg, einer der Geflügelhochburgen des Bundeslandes. Etwa 162 000 Menschen leben hier und 13,5 Millionen Hühner und Puten. Das Land ist flach, die Orte klein. Äcker und Massentierhaltung prägen die Landschaft.

Auch der betroffene Hof in Barbel ist einer dieser Mega-Ställe. Elisabeth Wilpert hat ihn täglich vor Augen. Ihr Familienbetrieb, eine Kälberzucht, liegt nur wenige Hundert Meter entfernt. Auch wenn ihre Tiere nichts zu befürchten haben, besorgt ist sie trotzdem. „Wir haben es jetzt direkt vor der Haustür.“ In der Gegend gibt es mehrere Geflügelhalter, deren Höfe nun gesperrt sind. In einem benachbarten Betrieb in Garrel sollen vorsichtshalber weitere 12 000 Puten getötet werden. Dort waren keine Vogelgrippefälle nachgewiesen worden. Ein Arbeiter aus Barbel hatte aber auch dort gearbeitet und das Virus möglicherweise übertragen. In einem Radius von 1000 Metern um den Barbeler Betrieb sollen außerdem rund 100 000 Hühner getötet werden. Die Tierseuchenkasse zahlt den Betroffenen eine Entschädigung. Im schlimmsten Fall könnten sich allein in der unmittelbaren Umgebung bis zu 200 000 Tiere infiziert haben.

Das ganze Ausmaß wird sich jedoch erst in den nächsten Tagen zeigen. Beim Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Oldenburg untersuchen Mitarbeiter zurzeit Proben von Tieren aus allen Betrieben, die in den vergangenen drei Wo-



Auf dem Geflügelhof in Barbel werden 19 000 Puten getötet. Ein Schaufelradlader transportiert die Tiere aus dem Stall.

FOTO: DPA

chen Kontakt zu dem Hof in Barbel hatten. „Wenn es sein muss, wird auch nachts und am Wochenende gearbeitet“, sagt Eberhard Haunhorst, Präsident des Amtes. Denn die Auswirkungen des Erreger-Subtyps sind fatal. „Die Todesrate ist relativ hoch.“ Hoffnung mache allerdings, dass in Mecklenburg-Vorpommern und den Niederlanden die Ausbrüche auf einen einzelnen Betrieb beschränkt geblieben seien.

Beim Veterinäramt im Kreis Cloppenburg steht das Info-Telefon am Dienstag nicht still. Der Landkreis hat einen Krisenstab eingerichtet. „Wir versuchen alles, damit sich das Virus nicht weiter ausbreitet“, sagt Kreissprecher Frank Beumker. Bauern dürfen im gesamten Landkreis kein Geflü-

gel mehr transportieren. Das gilt auch für die Nachbarkreise Ammerland und Leer. Eine Stallpflicht gilt bereits seit Ende November. Wie sich die Pute in Barbel mit dem H5N8-Virus anstecken konnte, ist deshalb unklar. „Wir müssen schneller handeln als das Virus“, sagte Friedrich-Otto Ripke, der Vorsitzende der Geflügelwirtschaft Niedersachsens. Alle Geflügelhalter seien nun aufgefordert, ihre Ställe hermetisch abzudichten, um selbst eine Übertragung etwa durch Mäuse auszuschließen. Auch private Geflügelhalter müssten jeden Fall von erkrankten Tieren den Behörden konsequent melden, so Ripke.

Josef Grave wundert der Vogelgrippe-Ausbruch jedoch nicht. Der Rentner hat

viele Jahre als Betriebshelfer auf Bauernhöfen gearbeitet. Heute mäht er nur noch das Gras seiner Nachbarn in Barbel. „Das ist sicherlich eine Folge von Massentierhaltung“, meint er. „Die Entwicklung in der Landwirtschaft geht ja zu immer größer und rationeller. Vielleicht ist man an einer Grenze angekommen.“

In Barbel hat sich der Vogelgrippefall schnell herumgesprochen. Elisabeth Wilpert hat beim Friseur einige Gespräche aufgeschnappt. „Viele sagen, dass es Weihnachten bei ihnen kein Geflügel geben wird.“ Für die Verbraucher besteht nach Angaben des Bauernverbands zwar keine Gefahr, doch das beruhigt selbst im ländlichen Kreis Cloppenburg nicht jeden.

## Hilfe für rumänische Leiharbeiter

Vorwürfe gegen Subunternehmen / Gewerkschaft organisiert Treffen mit Zoll und Beratungsstelle

VON ANDREA GROTHEER

**Loxstedt.** Ausstehende Löhne, Unterbringung unter unzumutbaren Zuständen, Verstöße gegen die Arbeitszeitverordnung: Schwere Vorwürfe erheben knapp 20 rumänische Werkvertragsarbeiter gegen die Firma „Meat and More Concept“, einem Subunternehmen, das für das Düringer Fleischkontor in Loxstedt im Landkreis Cuxhaven arbeitet. Knapp 130 Stunden habe er in nur zehn Tagen arbeiten müssen, teilweise in 15-Stunden-Schichten, Geld oder eine Abrechnung habe er dafür nicht bekommen, berichtete der 22-jährige Madalin D. gestern bei einer von der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) organisierten Veranstaltung im Rathaus Loxstedt. „Wenn man einmal fehlt, muss man 50 Euro zahlen, beim zweiten Mal 100 Euro, beim dritten Mal ist man raus“, berichtet er mit Hilfe einer Dolmetscherin. Für das Bett in einem Mehrbettzimmer müsse er 20 Euro pro Nacht zahlen. Obwohl erst zwei Wochen dabei, sei jetzt sein einziger Wunsch, in seine Heimat zurückzugehen, doch dazu fehlten ihm die Mittel, sagte der rumänische Kraftfahrzeugmechaniker. Andere Arbeiter klagten ebenfalls, sie hätten seit Wochen keine oder nur unregelmäßige Lohnzahlungen bekom-

men. Da die Vorgängerfirma des Subunternehmens, die „Mayer Industry Corporation“, Mitte September in die Insolvenz gegangen sei, stünde einigen von ihnen Insolvenzgeld zu. Doch weil es keine Lohnabrechnungen gebe, gebe es auch kein Insolvenzgeld.

„Viele der Arbeiter sind gar nicht gemeldet, ohne Lohn droht ihnen die Obdachlosigkeit“, sagte der Geschäftsführer für die NGG-Region Oldenburg, Matthias Brümmer. Ausstehende Löhne wolle man jetzt



Kümmern sich um die Arbeiter: Daniela Reim und Matthias Brümmer. FOTO: ANDREA GROTHEER

einklagen. Unterstützung, vor allem bei der Überbrückung der Sprachbarriere, bekommen die Arbeiter von Daniela Reim, die in der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in Oldenburg arbeitet. „Wir vereinbaren Termine mit den Unternehmern, den Subunternehmern und dem Betriebsrat, um Probleme anzusprechen“, so die gebürtige Rumänin.

Aufmerksamer Zuhörer bei dem Treffen in Loxstedt war Thomas Freitag, Bereichsleiter für organisierte Schwarzarbeit beim Hauptzollamt Bremen. Der Zoll hatte vor einigen Tagen bei einer Razzia das Düringer Fleischkontor unter die Lupe genommen. Die Arbeiter ergänzten gestern ihre bereits gemachten Aussagen über ihre Arbeitsbedingungen und machten neue Aussagen. „Unser Ziel ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit und dabei insbesondere die Einhaltung von Mindestlöhnen sowie die fristgerechte Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen“, sagte Freitag. Die Gemeinde Loxstedt will heute für die gestrandeten Arbeiter einen Fahrdienst zum Jobcenter nach Bremerhaven organisieren.

Der Vertreter der Firma „Meat and More Concept“ wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern, die Geschäftsführung des Düringer Fleischkontors war für den WESER-KURIER nicht zu erreichen.

## Bei Razzia Fleisch beschlagnahmt

**Oldenburg.** Bei der Durchsuchung eines Lebensmittelbetriebs im Landkreis Uelzen ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft Oldenburg auch Fleisch beschlagnahmt worden. Es sei nicht zum menschlichen Verzehr geeignet gewesen, teilte die Staatsanwaltschaft Oldenburg am Dienstag mit. Die mikrobiologischen Testergebnisse seien jedoch erst in einigen Wochen zu erwarten.

Es bestehe der Anfangsverdacht von Verstößen gegen das Lebens- und Futtermittelgesetz. Auslöser sei eine Anzeige gewesen. Den Ort der Razzia nannte die Sprecherin der Oldenburger Staatsanwaltschaft nicht, doch war am Montag ein Betrieb in Ebstorf durchsucht worden.

Das Unternehmen habe kein Gammelfleisch verwendet, betonte Geschäftsführer Franz-Josef Hermes, der „Allgemeinen Zeitung“ in Uelzen. „Das Fleisch, das die Ermittler am Montag mitgenommen haben, kam aus dem Tiefkühlbestand“, sagte der Geschäftsführer. „Wenn wir beim Auftauen festgestellt hätten, dass es zur Weiterverarbeitung nicht geeignet ist, hätten wir es entsorgt.“ Die Anzeige sei von einem früheren Mitarbeiter erstattet worden, der zwei Wochen im Unternehmen beschäftigt gewesen sei.

## Opposition wirft Regierung mangelnde Perspektiven vor

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** In drei kleinen Punkten gibt es immerhin keinen Streit. Rot-grüne Koalition und schwarz-gelbe Opposition wollen die Einzeletats für den Landtag, für den Staatsgerichtshof und für den Landesrechnungshof geräuschlos absegnen. Das ist es aber auch schon mit dem vorweihnachtlichen Frieden. Der Beginn der dreitägigen Haushaltsberatungen im Parlament geriet am Dienstag zu einem heftigen Schlagabtausch. CDU und FDP warfen Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und seiner Mannschaft Versagen und Mutlosigkeit vor. Lehrer und Bauern seien die Leidtragenden. Eine Erneuerung gebe es allenfalls bei Hunderten von zusätzlichen, hoch dotierten Jobs in der Landesverwaltung.

„Das rot-grüne Regierungshandeln ist chaotisch und dilettantisch, ja es ist unberechenbar“, wettete CDU-Fraktionschef

Björn Thümler angriffslos. „Sie haben keine Idee, keine Vision, keine Perspektive.“ Für Wirtschaft, Handwerk und Arbeitsplätze im Land tue diese Regierung nichts. FDP-Kollege Christian Dürr zählte genüsslich die diversen Differenzen innerhalb der Koalition auf – so den Neubau der Autobahnen A 20 und A 39, den die SPD wolle, die Grünen aber bremsen. Oder die Themen Agrarwende und Landesraumordnung, bei denen die SPD Mühe habe, dem Übereifer des grünen Landwirtschaftsministers Christian Meyer etwas entgegenzusetzen.

Der Ministerpräsident stellte bei dieser Generalabrechnung demonstrativ auf Durchzug, Weil tippte lieber seelenruhig auf sein Notebook ein und ließ sich allenfalls zu einem leichten Kopfschütteln hinreißen. Finanzminister Peter Jürgen Schneider (SPD) verteidigte dann sein Zahlenwerk für 2015 mit einem Gesamtvolumen von 28,4 Milliarden Euro. Der von der Op-

position verbreitete Eindruck, Niedersachsen schwimme in Geld, sei falsch. Alle Gegenvorschläge von CDU und FDP zum Etat seien „Schaufensterpolitik in Reinkultur“, weil nicht durchführbar oder nicht ordentlich gegenfinanziert. Rot-Grün agiere dagegen „realistisch und solide“.

600 Millionen Euro an neuen Krediten will Rot-Grün 2015 aufnehmen. Spätestens 2020 werde man dann die „schwarze Null“ erreichen und die im Grundgesetz vorgeschriebene Schuldenbremse schaffen, versprach Schneider. Ein schnelleres Tempo schloss der Minister damit nicht aus, betonte aber auch, dass er sich dieses nicht mit einer „Kahlschlag-Politik“ erkaufen werde. Sein Konzept komme ohne das Verschleppen von Landesvermögen und ohne Antasten der Rücklagen aus; es sei „nachhaltig und zukunftsorientiert“.

SPD-Fraktionschefin Johanne Modder lobte den Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schulen, Fortschritte bei der Inklus-

sion und die Finanzierung der dritten Kraft in den Kinderkrippen als „hochwertige Familienpolitik“. Auch wenn man „keine dicken Geschenke“ mache, schließe der Haushalt doch einige Gerechtigkeitslücken bei Bildung und Sozialem, erklärte Grünen-Fraktionschefin Anja Piel. Dazu gehöre auch eine humanere Flüchtlingspolitik mit einer „weltoffenen Willkommenskultur“.

CDU und FDP kritisierten dagegen viel zu geringe Investitionen und warnten vor „neuen Gräben“ insbesondere durch das von Rot-Grün geplante Schulgesetz. Die angekündigte Bestandsgarantie für Gymnasien sei „blanker Hohn“, meinte Dürr. Ziel sei es, eine Einheitsschule für alle zu schaffen. Eltern, die es sich leisten könnten, schicken ihre Kinder dann lieber zu Privatschulen. „Wo bleibt da die von Rot-Grün propagierte soziale Gerechtigkeit, wenn ein erfolgreicher Schulabschluss vom Geldbeutel abhängig ist.“ **Kommentar Seite 2**